

G l i e d e r u n g

	<u>Seite</u>
<u>Einleitung</u>	1
<u>§ 1 Der generelle Umfang der Aufgaben und Befugnisse der Polizeibehörden</u>	12
I. Die Verdrängung der Wohlfahrtspflege	12
1. Die Sondermeinung des Preußischen Gerichtshofs zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten	12
2. Die Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, des Reichsgerichts und des Kammergerichts	14
3. Der Meinungsstreit in der Literatur	20
II. Sondergesetzliche Erweiterungen	24
III. Beschränkungen durch spezialgesetzliche und verfassungsrechtliche Bestimmungen	35
<u>§ 2 Die sprachliche Zweiteilung der polizeilichen Aufgabenumschreibung</u>	43
I. Die Formulierung des § 10 II 17 ALR als Ausgangspunkt	43
II. Die Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts	49
1. Die Entwicklung bis zum Ende des 1. Weltkriegs	49
a) Das Verständnis der Generalklausel als einheitliche Bestimmung	49
b) Die einzelnen Begriffe und deren Anwendung	60

2. Die Zeit der Weimarer Republik bis zur Kodifikation des PVG	74
a) Die Bedeutung der Wiedergabe des Wortlauts des § 10 II 17 ALR	74
b) Die Ausdehnung der allgemeinen Polizeit�igkeit	82
 III. Die Differenzierungen in der Literatur	 94
1. Der Zeitraum bis zum Jahr 1918	94
a) Polizeibegriff und Generalklausel	94
b) Verbindungslien und Grenzberei- che der Bestandteile des § 10 II 17 ALR	109
2. Die Fortentwicklung von 1919 bis 1931	137
a) Kontinuität in den Darstellungen	137
b) Sprachliche und inhaltliche Ein- heit der Generalklausel	148
 IV. Parallelen in anderen Regelungen und Interpretationen sowie den Reformbe- strebungen in der Weimarer Republik	 161
 § 3 Der Begriff der Gefahr	 170
 I. Die Voraussetzungen nach der Recht- sprechung des Preußischen Oberver- waltungsgerichts	 170
1. Von den Anfügen bis zum Ende des 1. Weltkriegs	170
a) Gefahrenabwehr	170
b) �ffentliches Interesse	189
2. Die Zeit der Weimarer Republik bis zur Kodifikation des PVG	196
a) Umfang und Gestalt des Begriffs der Gefahr	196
b) Das Begriffspaar öffentlich - Publikum	216

	<u>Seite</u>
II. Die Aspekte der Literatur	225
1. Die Herausbildung der Gefahrenabwehr im öffentlichen Interesse bis zum Jahr 1918	225
2. Interpretationen und Konkretisierungen von 1919 bis 1931	236
§ 4 Die einzelnen Schutzpositionen	259
I. Verzicht auf den Begriff der öffentlichen Ruhe	259
II. Die öffentliche Sicherheit	265
III. Die öffentliche Ordnung	276
1. Die Bedeutung der ungeschriebenen gesellschaftlichen Regeln in der Literatur	276
a) Von den Grundlagen bis zum Ende des 1. Weltkriegs	276
b) Vom Beginn der Weimarer Republik bis zur Kodifikation des PVG	299
2. Ordnung und Rechtsordnung in der Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts	313
a) Sprachliche und inhaltliche Einteilungen	313
b) Die Entscheidungen im Kaiserreich	324
c) Die Fortentwicklung von 1919 bis 1931	343
3. Öffentliche Ordnung als lückenausfüllender Begriff	359
§ 5 Opportunitätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	373
I. Die historischen Grundlagen des Opportunitätsprinzips	373

II. Pflicht und Ermessen der Polizei- behörden	381
1. Die Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts	381
a) Die Grenzen der Überprüfbarkeit polizeilicher Maßnahmen	381
b) Die Formulierung einer Pflicht zum Einschreiten	399
2. Die Ansatzpunkte der Literatur	421
a) Die Bestimmung der gericht- lichen Kontrolle entzogenen Freiraums des Verwaltungshandelns	421
b) Die parallele Entwicklung im Strafrecht	455
III. Schadensersatz wegen Unterlassens einer pflichtgemäßen Tätigkeit	462
1. Die Rechtsprechung des Reichs- gerichts	462
2. Voraussetzungen und Umfang nach der Literatur	466
IV. Die Diskussion der Gesetzesfassung des § 14 PVG	476
V. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	486
Schlußbetrachtung	502